Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

POSITIONSPAPIER DER SPD-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

V.i.S.d.P.: Dr. Udo Bullmann, MdEP
Autoren: Birgit Sippel, MdEP; Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP; Bernd Lange, MdEP; Norbert Neuser, MdEP; Fiona Grau
Stand: Mai 2014

FÜR EINEN GLOBALEN ANSATZ IN DER ASYL- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

In vielen Ländern der Welt, auch in unmittelbarer Nachbarschaft Europas, herrschen Armut, Krieg und Zerstörung in einem Ausmaß, das Menschen in die Flucht treibt. Innerhalb der Europäischen Union leben wir seit fast 70 Jahren in Frieden. Das war nicht immer selbstverständlich. Über Jahrhunderte wurde der europäische Kontinent immer wieder von Kriegen heimgesucht und zahlreiche Europäer mussten in anderen Teilen der Welt Schutz suchen. Fast 70 Jahre Frieden sind vor diesem Hintergrund eine grandiose Leistung und verpflichten uns zugleich zu einer verantwortungsvollen Haltung. Wo immer möglich, wollen wir auch außerhalb der Europäischen Union zu Erhalt und Schaffung von Frieden beitragen. Zugleich gewähren wir Menschen auf der Flucht Schutz. Als Sozialdemokraten setzen wir uns für eine menschenwürdige europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik ein, die humanitären Bedürfnissen gerecht wird und die Grundrechte der Flüchtlinge achtet. Wie andere Grundrechte auch, darf das Recht auf Asyl nicht von der Kassenlage oder politischer Opportunität abhängen. Entgegen vieler emotionaler und populistisch aufgeheizter Debatten ist trotz global steigender Flüchtlingszahlen die Zahl der Asylanträge in der Europäischen Union im internationalen Vergleich eher gering. So beantragten 2012 von weltweit 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht nur 300.000 Asyl in der Europäischen Union.

Im Juni 2013 hat das Europäische Parlament die zweite Generation von Legislativtexten des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems an-

genommen. Damit wurden – eine umfassende und korrekte Umsetzung in den Mitgliedstaaten vorausgesetzt – deutliche Verbesserungen für den Schutz von Asylbewerbern geschaffen. Gerade besonders Schutzbedürftige, wie Kinder und Jugendliche oder Opfer von Gewalt, sollen nun besser geschützt werden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wurde verbessert, die Verfahrensdauer gekürzt, das Kindeswohl gestärkt und die Möglichkeiten zur Ingewahrsamnahme von Flüchtlingen beschränkt.

Doch dies kann nur ein erster Schritt sein. Die Suche nach Schutz und neuen Zukunftsperspektiven erweist sich für die Betroffenen allzu häufig als lebensgefährlich. Ergänzend zu einem verbesserten Schutz für Flüchtlinge und Asylbewerber, die bereits den Weg nach Europa geschafft haben, brauchen wir sichere und legale Wege, um künftig Flüchtlingskatastrophen zu verhindern. Dazu gehört eine klare Einwanderungspolitik. Mittel- und langfristig muss es uns auch besser als bisher gelingen, Fluchtursachen zu bekämpfen. **Daher brauchen wir:**

1) SICHERE WEGE NACH EUROPA STATT ABSCHOTTUNG

Flüchtlingskatastrophen, wie etwa die vor Lampedusa oder Ceuta, lösen in der Öffentlichkeit heftige Debatten aus. Wir Europäer müssen in Zukunft gemeinsam mehr tun, um derartige Katastrophen zu verhindern.

Die Einhaltung internationaler Schutzstandards bei Grenzschutzaktionen ist unsere oberste Priorität. Die Verpflichtung zur Seenotrettung ist internationales Recht. Deshalb muss Suche und Rettung auch Teil der gemeinsamen, von Frontex koordinierten, Einsätze im Mittelmeer sein. Beteiligte Grenzschutzbeamte brauchen eine gute Ausbildung in europäischem und internationalem Recht, insbesondere in Bezug auf Grundrechte. Retter, die Flüchtlingen in Seenot helfen, dürfen nicht mit Strafen bedroht werden. Zudem darf kein Asylsuchender in ein Land zurückverwiesen werden, in dem ihm Folter oder andere schwere Grundrechtverletzungen drohen.

Wir brauchen sichere Wege nach Europa, um Asylsuchende nicht weiter den Gefahren einer irregulären Einreise auszusetzen. Bereits vorhandene Instrumente, um Schutzsuchende direkt aus einem Drittstaat nach Europa zu holen, müssen gestärkt werden. Dazu gehören für Menschen in Notsituationen humanitäre Visa, die ihnen die Einreise aufgrund kriegerischer Auseinandersetzungen im Herkunftsland oder einer unmittelbaren individuellen Gefährdung erlauben. Durch Wiederansiedlungsprogramme können Flüchtlinge direkt aus Flüchtlingslagern der Vereinten Nationen nach Europa umgesiedelt werden. Auch neue Instrumente, wie zum Beispiel die Nutzung von Botschaftsverfahren in den Herkunfts- oder Durchreisestaaten, müssen geprüft und genutzt werden.

2) SCHUTZ FÜR ASYLSUCHENDE, MEHR SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN

Schutzsuchende brauchen einen sicheren Hafen. Doch das allein reicht nicht aus. Menschenwürdige Aufnahmebedingungen und der Zugang zu einem fairen Asylverfahren müssen überall in der EU selbstverständlich sein. Die Mitgliedstaaten spielen hierbei eine eher unentschlossene Rolle, wobei sie sich wechselseitig den „schwarzen Peter“ zuschieben. Hier ist jedoch eine konsequente gemeinsame Herangehensweise notwendig, um die sich stetig ändernden Herausforderungen zu meistern. Solidarität muss zum Leitfaden für gemeinsames Handeln werden.

FÜR EINEN GLOBALEN ANSATZ IN DER ASYL- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

S&D WIR IN EUROPA

Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Durch die Annahme des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems im Juni 2013 wurde die Grundlage für verbesserte Standards für die Aufnahme von Flüchtlingen und den Schutz ihrer Grundrechte im Asylverfahren geschaffen. Um Wirkung vor Ort bei den Asylbewerbern und damit indirekt auch im jeweiligen Umfeld zu entfalten, müssen diese nun zeitnah und umfassend von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Aufgrund ihrer geographischen Lage kommt ein großer Teil der Schutzsuchenden in Ländern an den Außengrenzen der Europäischen Union an. Diese Situation wird durch die Dublin-III-Verordnung verfestigt. Diese regelt, dass für Asylbewerber meist der Einreisestaat zuständig ist. Aufgrund dieser Regelung können dann andere Mitgliedstaaten zu ihnen durchgereiste Flüchtlinge dorthin zurück schicken und so die eigene Verantwortung verlagern. Wir fordern daher eine gerechte Verteilung der Asylsuchenden in Europa, die auf dem Prinzip der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten fußt. Ein rein finanzieller Ausgleich für Staaten in Randlage reicht nicht aus. Alle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sind gefordert, Flüchtlinge aufzunehmen, sie menschenwürdig unterzubringen und ihre Anträge sorgfältig zu prüfen.

3) LEGALE ZUWANDERUNG

Europa ist ein Zuwanderungskontinent und muss die Rahmenbedingungen für legale Zuwanderung verbessern, anstatt auf Zuwanderung einseitig repressiv zu antworten. Gerade Deutschland hat in der Vergangenheit gezielt Menschen angeworben und tut das auch weiterhin, da in manchen Branchen der Arbeitskräftebedarf nicht intern gedeckt werden kann. Gerade vor diesem Hintergrund wollen wir Menschen, die in Europa arbeiten wollen, gemeinsam mit ihren Familien einen leichteren Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt verschaffen.

Arbeitnehmer aus Drittstaaten müssen mit nationalen Arbeitnehmern gleichbehandelt werden. Das gilt sowohl für Bezahlung und Arbeitsbedingungen, als auch für den Zugang zu sozialen Sicherungssystemen. Nur so können wir Lohn- und Sozialdumping und damit einhergehende Verdrängungsprozesse verhindern. Zugleich sichern wir damit den sozialen Frieden in unseren Mitgliedstaaten und stärken das Vertrauen in unsere demokratischen Systeme.

Das bereits existierende europäische Zuwanderungssystem der Blue-Card ist insgesamt unzureichend, um den Arbeitskräftebedarf der Europäischen Union zu decken. Sie wird nicht im erhofften Umfang nachgefragt und bezieht sich lediglich auf akademische Berufe. Längst aber besteht ganz offensichtlich die Nachfrage nach ganz unterschiedlichen Arbeitskräften. Die europäische Freizügigkeit führt zwar zu Entlastungen, deckt aber ebenfalls nicht alle Bedarfe ab. Wir brauchen daher eine ehrgeizige Zuwanderungspolitik, die sich am Beispiel durchaus erfolgreicher Zuwanderungssysteme, wie denen Kanadas oder Australiens orientiert.

Die Förderung zirkulärer Migration, die den vorübergehenden Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt ermöglicht, ohne auf Dauer Fachkräfte aus den Herkunftsstaaten abzuziehen, kann ergänzend ebenfalls ein Bestandteil erfolgreicher Zuwanderungspolitik sein. Ein solches Konzept könnte auch den jeweiligen Herkunftsländern helfen, einen dauerhaften Braindrain, also einen dauerhaften Verlust an selbst benötigten Arbeitskräften, zu vermeiden.

S&D WIR IN EUROPA
Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Bereits verhandelte Zuwanderungsinstrumente, wie zum Beispiel die Saisonarbeiterrichtlinie, müssen zügig umgesetzt werden. Sie stärken nicht nur die europäische Zuwanderungspolitik, sondern vor allem auch die Rechte von Arbeitnehmern aus Drittstaaten.

4) INTEGRATION ALS PRIORITÄT

Wir setzen uns für eine gute Integration von Zuwanderern in Europa ein. Integration erfordert Toleranz und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit anderen Lebensentwürfen sowohl bei den Zuwanderern als auch seitens der Aufnahmegesellschaft. Erfolgreiche Integration ist ein klarer Gewinn für alle Beteiligten – individuell, mit Blick auf finanzielle Aspekte und den Zusammenhalt unserer Gesellschaften.

Für eine bessere Integration sind ausreichende Angebote zum Spracherwerb und die Vermittlung in Arbeit notwendig. Zudem müssen künftig alle Zuwanderer, die seit Jahren in Europa leben und arbeiten, eine Chance haben, die Staatsbürgerschaft des jeweiligen europäischen Zuwanderungslandes zu erhalten und das Recht haben, an lokalen und europäischen Wahlen teilzunehmen.

Integration muss vor allem vor Ort stattfinden, daher ist sie größtenteils auf regionaler oder nationalstaatlicher Ebene geregelt. Vor dem Hintergrund eines grenzenlosen Europa mit Freizügigkeiten und Binnenmarkt, stehen für Projekte vor Ort ergänzend auch europäische Mittel zur Verfügung. Insbesondere der Migrations-, Flüchtlings- und Integrationsfonds oder der Europäische Sozialfonds können gezielt für Integrationsmaßnahmen genutzt werden.

5) EINE PROGRESSIVE ENTWICKLUNGS-, AUSSEN- UND HANDELSPOLITIK UM FLUCHTURSACHEN ZU BESEITIGEN

Eine erfolgreiche Asyl- und Flüchtlingspolitik muss auch mit unterschiedlichen Instrumenten die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern verbessern und Fluchtursachen beseitigen.

Wir brauchen eine europäisch gut koordinierte Entwicklungspolitik, die Armut bekämpft und Hilfe zur Selbsthilfe organisiert, damit Menschen Lebensperspektiven vor Ort entwickeln können und nicht gezwungen sind, ihre Heimatländer zu verlassen. Wichtige Bausteine sind der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Ernährung. Wirtschaftlicher Fortschritt in Schwellen- und Entwicklungsländern muss gepaart werden mit der Einführung von Systemen staatlicher sozialer Mindestsicherung.

FÜR EINEN GLOBALEN ANSATZ IN DER ASYL- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Die europäische Handelspolitik ist ein wichtiges Instrument für wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und Entwicklung. Wir wollen eine Außen- und Handelspolitik, die sich nach den Millenniums-Entwicklungszielen richtet, die Wohlstandsverteilung fördert, den Kampf gegen Armut unterstützt und dadurch eine tatsächliche Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen bewirkt. Dafür müssen wir Entwicklungsländern in unseren Handelsbeziehungen hinreichende Flexibilität zugestehen und ihre sensiblen Sektoren vor dem Verdrängungswettbewerb mit erheblich wettbewerbsfähigeren Handelspartnern, einschließlich der EU, schützen. Ebenso müssen wir unsere Märkte für Entwicklungsländer öffnen, um dort das Wirtschaftswachstum zu stärken. Mit Instrumenten wie der Handelshilfe-Strategie wollen wir Entwicklungsländer beim Aufbau von Handelskapazitäten unterstützen, damit sie nachhaltiges Wachstum erzielen und ihre Wirtschaft diversifizieren können. So kann unsere Handelspolitik zur Verringerung von Armut und damit zur Reduzierung von Fluchtursachen beitragen.

FAZIT

Erfolgreiche Asyl- und Flüchtlingspolitik basiert auf Werten und dem Respekt der Grundrechte sowie internationaler Schutzstandards. Die Beschränkung auf Asyl- und Flüchtlingspolitik allein ist zwangsläufig ebenso zum Scheitern verurteilt wie der Versuch, in nationalen Alleingängen oder gar im nationalen Gegeneinander zu agieren. Deshalb brauchen wir einen globalen Ansatz, der auch legale Zuwanderung, Integration sowie Entwicklungs-, Handels- und Außenpolitik berücksichtigt.

KONTAKT

Büro Berlin:
Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 0049 30 2277 1273
E-Mail: europabuero.spd@bundestag.de

Büro Brüssel:
Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
67, Rue Wiertz, 12 G 213
1047 Brüssel / Belgien
Telefon: 0032 2 284 3190
eMail: s-d.delegationDE@ep.europa.eu